

Energie-Control-Austria
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, BearbeiterIn
TÜ/as/48122

Klappe (DW) Fax (DW)
39204 100265

Datum
26.11.2012

**Verordnung der E-Control-Austria, mit der die Anforderungen an
intelligente Messgeräte bestimmt werden
(Intelligente Gas-Messgeräte-AnforderungsVO 2012 - IGMA-VO 2012)**

Der Österreichische Gewerkschaftsbund dankt für die Übermittlung des oben angeführten Verordnungsentwurfes und erlaubt sich, dazu wie folgt Stellung zu nehmen:

Die Einführung intelligenter Gas-Messgeräte (Smart Meter) in den EU-Mitgliedsstaaten ist im Dritten Energie-Binnenmarktpaket vorgesehen. Anders als bei den Vorgaben zu Smart Meter im Strombereich, gibt die Richtlinie 2009/73/EG für den Gasbereich weder einen konkreten Zeitplan für die Einführung noch eine bestimmte Quote hinsichtlich der Ausstattung der Haushalte mit intelligenten Gas-Messgeräten vor. Den Mitgliedsländern wird hingegen aufgetragen, die Einführung von einer positiven Kosten/Nutzenanalyse, in der die Vor- und Nachteile für einzelne Verbrauchergruppen zu prüfen sind, abhängig zu machen.

In Österreich wurde mit § 128 Absatz 1 GWG 2011 die europäische Vorgabe umgesetzt. Demnach kann der Wirtschaftsminister nach Durchführung einer Kosten/Nutzenanalyse die Einführung von intelligenten Messgeräten mittels Verordnung festlegen. Mit § 128 Absatz 2 GWG 2011 wird die Regulierungsbehörde ermächtigt, eine Verordnung zu den technischen Mindestfunktionalitäten von intelligenten Messgeräten zu erlassen. Die damit in Zusammenhang stehenden Kosten sind gemäß § 79 GWG 2011 bei der Ermittlung der Kostenbasis für die Entgeltbestimmung anzusetzen.

Im gegenständlichen Verordnungsentwurf werden die technischen Mindeststandards, insbesondere hinsichtlich der bidirektionalen Kommunikationsmöglichkeiten, der Kommunikationsschnittstellen, des Messintervalls, der Fernsteuermöglichkeiten, der Datensicherheit und Fehlerprotokollierung der intelligenten Messgeräte geregelt.

Der Österreichische Gewerkschaftsbund vertritt die Auffassung, dass die voraussichtlichen Vorteile einer verpflichtenden flächendeckenden Einführung von Intelligenten Gas-Messgeräten wegen der damit verbundenen Kosten im Vergleich mit den damit behaupteten Nutzen und Risiken offen sind. Deshalb wird vorgeschlagen, vor Erlassung dieser Verordnung die offenen Fragen zu klären bzw. die Verordnung dementsprechend zu überarbeiten.

Diese offenen Fragen betreffen:

- fehlende nachvollziehbare Kosten/Nutzenanalyse hinsichtlich der Auswirkungen auf einzelne Verbrauchergruppen (Sensitivitätsanalyse),
- Vorteile und Probleme bei Ablesung und Abrechnung,
- drohende Kostenbelastung für KonsumentInnen durch den Zählertausch und der notwendigen Kommunikationsinfrastruktur,
- geringes Einsparungspotenzial beim Energieverbrauch,
- Gefahr eines "Tarifdschungels" und Diskriminierungen von Bevölkerungsgruppen durch tageszeitabhängige Tarife sowie
- datenschutzrechtliche und sicherheitstechnische Vorbehalte.

Mit vorzüglicher Hochachtung


Erich Foglar
Präsident




Mag. Bernhard Achitz
Leitender Sekretär